



Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Bezugs monatlich 1,66 RM. Einzelnnummer 10 Pf. — Großdruck Nr. 59 bei der Oberamtsdruckerei Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Sonntags: Enztalbote & Co., Wildbad; Pfälzischer Gewerbestand Filiale Wildbad. — Postfachkonto 221 74 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundbesitz 15 Pf., außerhalb 30 Pf. — Reklamageschäft 50 Pf. — Nachzahlung nach Text. Für Offerten und bei Auslieferung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkreten oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.
Verlag, Druck u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 84

Februaf 479

Montag den 10. April 1933

Februaf 479

68. Jahrgang.

Was wird aus dem Biermächteplan?

Das deutsch-französische Verhältnis ist der Angelpunkt der europäischen Politik. In Berlin hat man im Lauf des vergangenen Sommers schon einmal versucht, mit Paris in unmittelbare Verhandlungen zu kommen über die Frage der Abrüstung und Gleichberechtigung. Das stieß aber in Paris auf keine Gegenliebe und in London auch nicht. Die englische Einstellung sorgt dafür, daß die Frage nicht vom Fleck kommt.

Mussolini hat nun im Interesse des europäischen Friedens den Biermächtepakt angeregt. England und Italien sollten Deutschland und Frankreich gewissermaßen in die Mitte nehmen, um die Verständigung zu zweit, die für sich allein nicht glücken wollte, im Rahmen einer Verständigung zu viert zustande zu bringen. Daß mit solch einem Biermächtepakt die beste Friedensbürgschaft gegeben wäre, die man sich vorstellen könnte, hat man in England sofort begriffen und den Vorschlag Mussolinis anscheinend wohlwollend aufgenommen. Gleich hinterher freilich fand man, der Plan Mussolinis habe doch einen Schönheitsfehler; den nämlich, daß er auch Deutschland eine friedliche Entwicklung verbürgen müßte. Und das könnte jedem braven Engländer, der Deutschland zwar lieben lassen möchte, aber nur mit einem tüchtigen Strick um den Hals, den Plan schier verleiden!

In Frankreich hatte man rasch begriffen, daß die Gefahr, England könnte sich mit Nachdruck für den Plan Mussolinis einsetzen, nicht groß sei. Nachdem das durch den Ausbruch giftigsten Deutschenhasses in England, dem die neuerliche Greuelheize nur ein Mittel zum Zweck war, über jeden Zweifel bestätigt wurde, konnte man in Paris seine Maßregeln treffen: Erst wurden Polen und der Kleine Verband mobil gemacht, und dann gab die französische Regierung ihre Bedenken bekannt. Und die englische beeilte sich, ihr womöglich noch zuvorzukommen und in Rom „Verbesserungen“ vorzuschlagen zu lassen. Von Paris und von London aus wird um die Wette Wasser — und nicht nur Wasser, sondern auch einiger Fusel — in den unverfälschten Friedenswein gepumpt, womit Mussolini das trante Europa zu stärken gedacht.

Auch in London weiß man, daß der Biermächtepakt eine stärkere Friedensbürgschaft wäre als der ganze Völkerbund. In London glaubt man aber auch zu wissen, daß eben deshalb der Biermächtepakt in Paris unbeliebt ist. Und in London glaubt man weiter, auf diese Pariser Abneigung all die zarliche Rücksicht nehmen zu sollen, die die englische Nachkriegspolitik kennzeichnet. Gestärkt durch diese Rücksicht wandelt man in Paris die alten, bewährten Wege der Sabotage. Man ist bemüht, die ganze östliche Gefolgschaft — der niemand den späteren Beitritt zum Pakt verwehren wollte — von vornherein mit in die Verhandlungen zu nehmen. Und man hofft, über diese verbreiterten und verwässerten Verhandlungen ziemlich rasch beim lieben, alten Völkerbund zu landen. Den übrigens auch Mussolini von seinem Pakt nicht ausschließen wollte.

Der Unterschied ist nur der: Mussolini wollte erst einmal die kostbare Friedensbürgschaft des Biermächtepaktes unter Dach und Fach bringen und dann erst Polen, Kleine Entente und Völkerbund damit befallen. Frankreich dagegen will zuerst Polen, Kleine Entente und Völkerbund um sich sammeln, um mit ihrer Hilfe den Biermächtepakt so zurechtzutreten, daß sein eigener Vater ihn nicht wiedererkennen würde, nachdem er aus einer Friedensbürgschaft zu einer weiteren Bürgschaft der Vorherrschaft des Versailles Zwingsystems geworden wäre. Es dürfen nur ja keine dauerhaften Friedensbürgschaften — neben dem Völkerbund geschaffen werden!

Was wird unter so wenig förderlichen Umständen aus dem Biermächtepakt werden? Schwerlich das, was Mussolini gewollt hat? Die Entscheidung — darüber muß man sich nichts vormachen — liegt nämlich in London. Aber es ist sehr fraglich, ob England den Biermächtepakt, so, wie ihn Mussolini gedacht hat, als stärkste Friedensbürgschaft für Europa überhaupt will. So liegen die Dinge. Und solange sie so liegen, wird die beste deutsche Außenpolitik wohl die sein: alles zu vermeiden, was der französischen Sabotage auch noch in die Hände arbeiten könnte, daneben aber den innerdeutschen Zusammenbruch so fest zu hämmern, daß er den Schwersten Stößen gewachsen bleibt.

Das Berufsbeamtengesetz

Berlin, 8. April. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist heute im Reichsgesetzblatt erschienen und damit in Kraft getreten. Als Beamte im Sinn dieses Gesetzes werden unmittelbare und mittelbare Beamte des Reichs, der Länder, Gemeinden usw. angesehen. Auch auf die Bediensteten der Träger der Sozialversicherung findet das Gesetz Anwendung, soweit sie Rechte und Pflichten der Beamten haben. Schließlich fallen hierunter auch die Rich-

Tagespiegel

Am Feiertag der nationalen Arbeit (1. Mai) wird der Reichskanzler aus allen Teilen des Reichs Vertreter der Arbeiterschaft empfangen, die unentgeltlich mit Flugzeugen nach Berlin befördert werden sollen.

Reichstagsabgeordneter Sprenger wurde zum ehrenamtlichen Reichskommissar für Beamtenorganisation ernannt.

Reichsminister Göring ist gestern zum Flug nach Rom gestartet.

Ministerialdirektor Grauert wurde zum Staatssekretär im preussischen Innenministerium ernannt.

Der Reichsbund der höheren Beamten veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich grundsätzlich mit seiner Eingliederung in den neu aufgebauten Deutschen Beamtenbund einverstanden erklärt.

Der Vorstand der Görres-Haus AG. in Köln, der von der früheren preussischen Regierung 1½ Millionen Kredit erhalten hatte, hat ein Vergleichsverfahren zum Zweck der Auflösung beantragt. Die Vorstandsmitglieder Generalkonsul Maus und Konsul Stock sind zurückgetreten. Die „Kölnische Volkszeitung“ wird als Zentrumsblatt weitergeführt.

Am dem großen SA-Appell im Berliner Sportpalast am Samstagabend, in dem Reichskanzler Hitler eine Ansprache hielt, nahmen 20 000 SA-Leute teil. Eine gleich große Menge war gleichzeitig in zwei anderen Riesenhallen versammelt.

In Düsseldorf sind nachts drei SA-Leute von einem noch unbekanntem Kommunisten niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt worden.

Beim nationalsozialistischen Weekend-Fliegertreffen in Staaken stürzte das von Flugzeugführer Hermann Hubbusch gesteuerte Albatrossflugzeug ab. Während der Flugzeugführer unverletzt blieb, wurde ein Zuschauer getötet und eine Zuschauerin schwer verletzt.

Der bekannte Kunstflieger Raab und sein Bordmonteur Budich sind wegen des Verdachts des Verrats militärischer Geheimnisse in Braunschweig verhaftet worden.

ter und Lehrer an Hochschulen usw. — Im Gesetz wird die Bestimmung getroffen, wonach Parteibuchbeamte, die ohne besondere Eignung lediglich auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit Beamte wurden, zu entlassen sind. Das Gesetz ist bis zum 30. September 1933 befristet.

In einer Auslegung wird gesagt: Die nationale Erhebung bedarf zur Durchführung ihrer Aufgaben vor allem auch der Kraft des deutschen Berufsbeamtentums. Leider ist dieser einst hochgeschätzte Stand von dem Umsturz 1918 nicht unberührt geblieben. Namentlich zahlreiche Angehörige der Novemberparteien ohne Aus- und Vorbildung wurden rein aus parteipolitischen Rücksichten in die Verwaltung gebracht. Nur durch die Sänkerung unserer Beamtenschaft von diesen zum Teil arbeitsenden Elementen kann wieder eine nationale Beamtenschaft geschaffen werden, die ihrem Sinn wie früher in höchster reiflicher Pflichterfüllung steht. Die Maßnahmen sind nur vorübergehender Natur. In möglichst kurz bemessener Frist soll die im Dienst verbleibende Beamtenschaft wieder in den vollen Genuß ihrer Rechte treten, wie Unabhängigkeit, Amtsbezeichnung, Titel, Recht auf Gehalt und Pension, Hinterbliebenenversorgung und so weiter.

In den §§ 2 bis 4 werden die Beamtenkategorien genau gekennzeichnet, die vom Gesetz erfasst werden, und die einzelnen Maßnahmen, die gegen die Beamten der verschiedenen Gruppen möglich sind. Als schwerste Maßnahme kommt die Entlassung aus dem Dienst, als leichteste die Versetzung in den Ruhestand mit allen Ehren und vollen Pensionsbezügen in Frage.

Nach dem § 2 werden die seit dem 9. November 1918 eingetretenen Beamten, die für ihre Laufbahn nicht vorgelassen sind, entlassen. Es stehen ihnen ihre bisherigen Bezüge noch auf drei Monate nach der Entlassung zu. Dagegen entfallen für sie alle weiteren Ansprüche wie z. B. Wartegeld, Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung.

Der § 3 spricht aus, daß Deutschland künftighin nur von deutschen Beamten geleitet und regiert werden soll. Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen. Das betrifft vor allem jüdische Beamte, die aber, soweit sie von früheren Regierungen als Beamte angestellt sind, mit allen Ehren und mit voller Pension entlassen werden. Der Begriff „arisch“ ist so aufzufassen, daß die Nachprüfung sich bis auf die Großeltern erstreckt. Wenn ein Teil der Großeltern jüdisch war, so treten diese Bestimmungen in Kraft. Es werden aber Ausnahmen gemacht, und zwar für alte Beamte, die bereits am 1. August 1914 Beamte gewesen sind und für solche, die im Weltkrieg für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben oder auch für solche Beamte, deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen sind.

Der § 4 behandelt die politisch unzuverlässigen Beamten, die in ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten. Sie können aus dem Dienst entlassen werden.

Die weiteren Paragraphen betreffen die Möglichkeit der Versetzung in andere Ämter gleichwertigen oder vielleicht auch geringeren Rangs, wobei die Veroffentlichten die bisherige Amtsbezeichnung und das bisherige Dienstverkommen bei-

Der amerikanische Senat hat mit 53 gegen 30 Stimmen das Gesetz angenommen, wonach in allen Industriezweigen, deren Waren innerhalb der Vereinigten Staaten verhandelt oder nach dem Ausland ausgeführt werden, die fünfjährige Arbeitswoche mit 30 Arbeitsstunden eingeführt wird. Damit hofft man 6 Millionen von den 13 Millionen Arbeitslosen in Amerika wieder Beschäftigung geben zu können.

Roozevelt hat Fräulein Ruth Bryan Owen zum amerikanischen Gesandten in Kopenhagen ernannt.

Herriot wird Frankreich bei den Washingtoner Besprechungen zur Weltwirtschaftskonferenz vertreten.

Der Reichskanzler hat am Samstag den Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats Dr. Köppler empfangen. Die Besprechung hing mit den Aufgaben der evangelischen Kirche zusammen, die in der Öffentlichkeit seit der Tagung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ viel behandelt worden sind.

Vizekanzler v. Papen ist mit Gemahlin am Freitagabend nach Rom abgereist. Reichsminister Göring reiste am Sonntag nach München, um sich von da am Montag mit dem Flugzeug nach Rom zu begeben.

Minister Dr. Hugenberg hat den Ministerialrat Bachhaus vom preussischen Landwirtschaftsministerium nach Cuxhaven entsandt, um die Geschäftsführung der Oberelbischen Landwirtschaftskammer nachzuprüfen.

Der Ministerkommissar Hildebrandt in Schwerin hat den Lubendorfschen Tannenbergbund in Mecklenburg-Schwerin verboten.

Der amerikanische Beauftragte Norman Davis hatte am Samstag eine längere Unterredung mit Reichsaussenminister Freiherr v. Neurath. Gegen 12 Uhr wurde er vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen. Abends fand ein Empfang beim Reichskanzler statt, bei dem der Reichsaussenminister zugegen war.

behalten. So wird u. a. im § 6 gesagt, daß denen von Beamten, die nicht dienstunfähig sind und in den Ruhestand versetzt werden, nicht wieder befehrt werden dürfen. Die in den Ruhestand versetzten Beamten nichtarischer Abstammung oder die politisch unzuverlässigen Beamten erhalten kein Ruhegeld, wenn sie nicht mindestens eine zehnjährige Dienstzeit zurückgelegt haben; Härten sollen vermieden werden.

Was die Reichsminister anbelangt, soweit diese 1918 ernannt worden sind, so werden sie in ihren Bezügen auf das Reichsministergehalt zurückgeschraubt. Soweit diese Minister zu viel an Pensionen bezogen haben, müssen sie diese Beträge ab 1. April 1933 zurückzahlen.

Das Gesetz findet sinngemäße Anwendung auf Arbeiter und Angestellte.

Neue Nachrichten

Göring preussischer Ministerpräsident

Berlin, 9. April. Nachdem Vizekanzler v. Papen auf die Ministerpräsidentenschaft in Preußen verzichtet hat, wird Minister Göring zum Ministerpräsidenten ernannt. Papen wird andere Aufgabengebiete im Reich übernehmen.

Zehn Reichsstatthalter

Berlin, 9. April. Wie verkündet, werden, abgesehen von Preußen, im ganzen zehn Statthalter eingesetzt werden, und zwar je einer für Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen, ferner ein gemeinsamer Statthalter für beide Mecklenburg, ein weiterer gemeinsamer für Braunschweig und Anhalt, außerdem ein Statthalter für Oldenburg und Lippe und schließlich einer für die drei Hansestädte zusammen.

Preisstimmen

Berlin, 9. April. Die Einsetzung von Reichsstatthaltern in den Ländern wird von allen Blättern als ein grundlegender Schritt auf dem Weg zur Reichsreform bezeichnet.

Die NAZ sagt, die Reichsstatthalter bedeuten nichts geringeres als das Ende des alten deutschen Föderalismus (Bundesstaatsystems).

Der „Vokalanziger“ betont, die Bedeutung dieses Gesetzes komme vor allem darin zum Ausdruck, daß mit einem Schlag alle Altentwässer über die „Erneuerung des Reichs“, über Föderalismus und Unitarismus (Einheitsstaatsystem) erledigt seien.

Der „Tag“ nennt das Gesetz ein wahrhaft revolutionäres Ereignis, das grundstürzende Veränderungen bringe. Der Parlamentarismus als Herrschaftsform in den Teilen werde ausgerottet. Man werde vom Standpunkt des Föderalismus Bedenken äußern können und allgemein besonders nach den Grundfragen fragen, die bei der Auswahl der Statthalter maßgebend sein sollten. Die Weimarer Teilrepubliken seien tot, die ersten Hammerschläge am Deutschen Reich seien ge-



tan; mögen sie genau beachtet werden, damit sie Dauerhaftes schmieden.

Die „Deutsche Zeitung“ hebt hervor, daß durch die Bestimmungen, wonach die Statthalter dem Lande angehören sollen, dem Eigenleben der Länder Rechnung getragen werde. Die neue Lösung weiche klar und bewußt von dem Einheitsmechanismus der demokratischen Unitaristen ab.

Auch die „Kreuzzeitung“ weist darauf hin, daß die Neuordnung zu einer Verringerung des kulturellen Eigenlebens der Stämme und Landschaften, das zum Lebensausdruck des deutschen Volkes gehöre, in keiner Weise zu führen brauche.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, es sei von größter Bedeutung, daß die Landtage überall das Recht verlieren, durch Mißtrauensbeschlüsse Landesregierungen oder einzelne ihrer Mitglieder zum Rücktritt zu zwingen. Die Landesregierungen werden mit einem Schlag zum ausführenden Organ der Reichsgewalt. Fortan gebe es für die deutschen Länder nur noch ein Eigenleben in der Pflege der engeren Heimat.

Die „Völkische Zeitung“ nimmt an, daß die bisher erlassenen und in Vorbereitung befindlichen Gesetze über die Gleichschaltung nur den ersten Abschnitt auf dem Weg zur Reichsreform darstellen. Die Landesgewalt werde zur nachgeordneten Stelle der Reichsgewalt gemacht. Es blieben zwei weitere große Gebiete: Die Neueinteilung der Verwaltungszweige und die Neueinteilung der Verwaltungsbezirke.

Der „Völkische Beobachter“ sagt, die Zeit, in der man auf dem Boden der republikanischen Kleinfrauerie parteipolitische Machtkämpfe austragen konnte, ist jetzt ein für alle Male vorbei. Zum erstenmal seit langer Zeit triumphiert der Reichsgedanke wieder in einem in der deutschen Geschichte selten gewordenen Ausmaß. Der Parteienstaat von Weimar ist endgültig zu Grabe getragen. Der deutsche Nationalstaat marschiert.

Die Wiedereinführung von Ehrentiteln und Orden

Berlin, 9. April. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß das vom Reichskabinett beschlossene Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen (unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen des Artikels 109 Absatz 4 und 5 der Reichsverfassung) lediglich die Ermächtigung erteilt, Ehren Titel und Orden wieder einzuführen und die Annahme von ausländischen Orden zu genehmigen. Es ist zur Zeit nicht beabsichtigt, neue Orden oder Ehrenzeichen zu schaffen.

Neuregelung der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 9. April. In dieser Woche findet eine Aussprache der beteiligten Reichsminister über die bevorstehende Neuordnung der Arbeitslosenversicherung statt. Die Referenten des Reichsarbeitsministeriums haben einen vorläufigen Entwurf ausgearbeitet. Danach sollen die Reichsanstalt und die Arbeitsämter erhalten bleiben. Das Schicksal dieses Entwurfs soll laut VdZ wesentlich davon abhängen, welche Stellungnahme der Reichsfinanzminister dazu einnimmt. Denn die Arbeitslosenversicherung könne ja nicht als alleinige Angelegenheit betrachtet werden, sondern hänge eng zusammen mit dem Gemeindefinanzen und vor allem mit dem Finanzausgleich, der gleichfalls neu geregelt werden soll.

Ferner seien Entwürfe ausgearbeitet für die dauernde Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Ausgestellten, Invaliden- und Knappschafftsversicherung, indem ein Kapitalstock gebildet werden soll, der es ermöglicht, daß jederzeit alle Anwartschaften an diesem Versicherungsweig durch eine genügende finanzielle Grundlage sichergestellt bleiben.

Der Senatspräsident beim Reichsversicherungsamt Thielmann ist zum Reichskommissar für die Knappschafftsversicherung berufen worden. Die sogenannten alten Bergarbeiterverbände, die bisher die Verwaltung der Reichsknappschaffts führten, werden damit ausgeschaltet.

Neue Oberpräsidenten

Berlin, 8. April. Wie verlautet, soll der Gauleiter der NSDAP für Ostpreußen, Reichstagsabg. Erich Koch, an Stelle des bisherigen Oberpräsidenten Kutscher zum Oberpräsidenten für Ostpreußen ernannt werden. An die Stelle des bisherigen Oberpräsidenten von Pommern, von Halfern, soll der Gauleiter Reichsanwalt Karpenstein, MdR., treten.

Oberpräsident Kutscher in Oppeln soll zurücktreten und der Oberpräsident von Niederschlesien, Brückner, gleichzeitig Oberpräsident von Oberschlesien werden.

Kommissar für die Zulassung der Kassenärzte

Berlin, 9. April. Der Reichsarbeitsminister wird demnächst einen ärztlichen Kommissar z. B. V. in sein Ministerium berufen, der als maßgebender Sachverständiger bei der Neuregelung der Zulassung von Ärzten zur Behandlung von Krankenkassenpatienten und bei der Aenderung der Bestellung von Vertrauensärzten mitzuarbeiten hat. Der Kommissar wird der Forderung der nationalen Ärztechaft nach entsprechender Zurückdrängung des Einflusses jüdischer und marxistischer Ärzte im Krankenkassen- und Vertrauensärzten zu entsprechen haben.

Die Dihilfe-Untersuchung

Berlin, 9. April. Der Vorsitzende des Dihilfe-Untersuchungsausschusses Dr. Neuhaus hat nach Abschluß der Untersuchung des Reichsminister Dr. Eugen Berg Bericht über das Ergebnis in 26 Einzelfällen erstattet. Es wurde festgestellt, daß die im Haushaltsausschuß des Reichstags im Januar und in der Linkspreße gegen die beteiligten Behörden gerichteten Angriffe durchaus grundlos waren und daß sich kein Schein einer „Korruption der Beamten“ ergeben hat.

Ostertagung des Evang. Reichselternbunds

Berlin, 8. April. Vom 19. bis 22. April findet in Eisenach unter dem Vorsitz von Staatssekretär a. D. Konze die alljährliche Ostertagung des Evangelischen Reichselternbunds statt. Sie wird als Arbeitstagung gehalten werden. Den Bericht über die schulpolitische Lage wird Professor Hinderer erstatten. Die weiteren Beratungen gelten dem Verhältnis von Staatsautorität und Elternrecht, den Problemen der Rasse, Eugenik und Familienpolitik und der neuen Lage des Religionsunterrichts in den Volksschulen. Mit dem Reichselternstag ist die religionspädagogische Konferenz der Gesellschaft für evangelische Pädagogik verbunden.

Mißbrauch von öffentlichen Geldern

Köln, 9. April. Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ berichtet: Bei der Sichtung der städtischen Akten in Köln wurde festgestellt, daß das August-Bebel-Haus, in dem die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln-Deutz hergestellt wird, ganz mit Geldern der Stadt Köln, der Städtischen Sparkasse und der Kreis Sparkassen Köln-Land, Bergheim und Mülheim gebaut worden ist. Das soz. Blatt schuldet an diese Stellen noch 419 000 RM., die als verloren gelten können. Das der Stadt Köln gehörende Gebäude wurde nun unter Zwangsverwaltung gestellt und an den Gauverlag Köln-Aachen der NSDAP vermietet. Der „Westdeutsche Beobachter“ wird nunmehr im August-Bebel-Haus hergestellt.

Die neuen Statthalter

Berlin, 9. April. Als neue Reichstatthalter hört man in politischen Kreisen nennen: Für Baden Reichskommissar Gauleiter Wagner, M. d. R.; für Bayern Reichskommissar von Epp; für Hessen Gauleiter Jakob Sprenger (Frankfurt am Main) unter Beibehaltung der Regierung Werner; für Sachsen SA-Gruppenführer und Reichskommissar v. Killinger, wobei Gauleiter Wuttichmann, M. d. R., Ministerpräsident wird; für beide Mecklenburg Gauleiter Friedrich Hildebrand, M. d. R. In Mecklenburg-Schwerin dürfte der bisherige Ministerpräsident Granzow im Amt bleiben und zugleich die Regierung in M.-Strelitz übernehmen, da an eine Vereinigung beider Länder gedacht ist. Der deutschnationale Staatsminister in M.-Strelitz, v. Michael, wird abberufen.

Die neue deutsche Erziehung unter nationalsozialistischer Führung

Ceipzig, 9. April. Der nationalsozialistische Lehrerbund hielt hier gestern und heute eine Reichstagung ab. Uebereinstimmung

Carmol tut wohl! **Rheuma, Hexenschuß, Kreuz-, Kopf- und Zahnschmerzen.**

Man bekante sich die ganze Verfassung zu den politischen, kulturellen und geistigen Grundprinzipien der jetzigen Staatsregierung. Ebenso herrschte Uebereinstimmung darüber, daß auch in organisatorischer, wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Gestaltung keinerlei Bestrebungen vorantreiben dürfen, die dem neuen Staatsprinzip zuwiderlaufen. Unter allgemeiner Zustimmung übernahm der Nationalsozialistische Lehrerbund die Führung der somit geschaffenen großen einheitlichen deutschen Erziehergemeinschaft.

Der erste Tag der Veranstaltung schloß mit Begrüßungsabenden. Reichsleiter Scheinm betonte in einer Rede, der Tag der deutschen Erzieher in Leipzig könne an Bedeutung, Größe und Ausmaß nur mit dem grandiosen Ereignis von Potsdam verglichen werden. Der Reichsführer vollzog dann die Weihe von zwei Fahnen des nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Sachsen und Kreis Leipzig.

Ihren Höhepunkt erreichte die Tagung heute vormittag durch eine Kienekundgebung aller Teilnehmer aus dem gesamten Reich. Nach kurzer einleitender Begrüßung durch den Gauleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, Wöpfer, ergriff Reichsführer Scheinm das Wort zu einer großen programmatischen Rede über das Erziehungswesen der Zukunft. Die große Staatsparole und damit auch Erziehungsparole unserer Zeit heiße: „Zum Ganzen hin!“ Der Begriff der Ganzheit sei es, der der nationalsozialistischen Erziehung das Gepräge gebe, auf den Begriffen Rasse, Wehr, Persönlichkeit und Religion, die die Totalität der neuen deutschen Erziehung begründet. Im Grundsatz der Persönlichkeit sei das Bekenntnis zum Führertum verankert, das in bewußter Abkehr von der Demokratie sich zuzuwende zum großen Führer, der das Volk zusammenschmiede zu einem einheitlichen Ganzen und damit die Voraussetzung zum Aufstieg schaffe. Alle diese Ganzheitsbegriffe werden geträgt vom höchsten, von der Religiosität. In mühseliger Arbeit habe Hitler die Grundfesten Rasse und Religiosität wieder aufgerichtet. Ein Lehrer, der dem gewaltigen Zeitgeschehen mit bürokratischer Nüchternheit gegenüberstehe, solle sich nicht wundern, wenn ihm die Kinder keine Liebe entgegenbrächten. Scheinm erwähnte in diesem Zusammenhang das große Zukunftswort einer einheitlichen deutschen Jugendorganisation. Mit dem Deutschlandlied und dem Treuschwurz zu Hitler wurde die große Tagung beendet.

Kundgebung des Kampfbundes für deutsche Kultur

Der Kampfbund für deutsche Kultur veranstaltete am Sonntag vormittag im Kleinen Haus der Würt. Staatsoper eine öffentliche Kundgebung, bei der der Aufgabendreis des Kampfbundes und die Grundzüge der nationalen Kulturpolitik, die das neue Reich beherrschen sollen, näher erörtert wurden. Das Theater war voll besetzt. In der Ehrenloge wohnten Staatspräsident Murr, Kultminister Mergenthaler, Staatskommissar Dr. Strölin, ferner zahlreiche Vertreter von Behörden der Kundgebung bei.

Die Kundgebung wurde eröffnet mit der Aufführung des Brandenburgischen Konzerts Nr. 2 durch das Theaterorchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Professor C. Leonhardt. Sodann verlas der Landesleiter des Kampfbundes für Württemberg, Dr. Otto zur Nedden, eine Kundgebung des Kampfbundes, in der nachdrücklich die Persönlichkeiten des württembergischen geistigen Lebens sich zu kulturpolitischen Fragen der Gegenwart äußerten.

Kultminister Mergenthaler bestimmte in einer kurzen Ansprache die wesentlichen Grundzüge der nationalen Kulturpolitik für die Folgezeit. Es ist eine wichtige kulturelle Aufgabe der Regierung der nationalen Erhebung, die im Volke wurzelnden, schöpferischen Persönlichkeiten von weisensfremdem äußerem Druck zu befreien und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, ihre Kräfte zu entfalten. Dann werden unferm Volk auch die Künstlerpersönlichkeiten geschenkt werden, die barufen sind, die deutsche Kunst und Kultur einer neuen Blüte entgegenzuführen. Kunst, Kultur und Wissenschaft sind nicht voraussetzungslos, sondern Lebensäußerungen eines bestimmten Volkes, einer bestimmten Rasse und eines bestimmten Volkstums. Eine Freiheit in Kunst und Wissenschaft besteht nur für die, welche die innere Voraussetzung in sich haben, aufbauende Arbeit zu leisten.

Mit dem Vortrag zweier Gedichte von Hölderlin und Kolbenheyer „Der Tod fürs Vaterland“ und „Unser Leben“ und der Jupitersymphonie von Mozart schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Landesagung der Würt. Zentrumspartei

Der Landesauschuß der würt. Zentrumspartei trat am Sonntag zu einer Tagung im Binzenhaus zusammen, um zur Aufstellung der Kandidaten des Landtags Stellung zu nehmen. Der Landesvorsitzende der Zentrumspartei, Justizminister a. D. Dr. Beyerte, hob hervor, daß die würt. Zentrumspartei ehrenvoll aus der letzten Wahlschlacht hervorgegangen sei. Aus seiner christlichen Grundanschauung heraus werde das Zentrum die Regierung in allem zu unterstützen haben, was dem wahren Wohl des Volkes



Copyright by Martin Leuchtewanger, Halle (Saale)

19. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Schweigend glitt der Wagen dahin. Und dieses Schweigen wurde allmählich erfüllt von der Gegenwart jener blaffen Frau, deren blondes Haupt so still auf dem dunklen Samtpolster ruhte. Der Duft irgendeines zarten Parfüms schwebte in dem geschlossenen Raum wie ein geheimnisvolles Fluidum, dem man sich nicht entziehen konnte. Eine aufreizende Unruhe ging aus von dieser stummen Reglosigkeit, die ins Blut kroch und den Atem beengte. Die Kalesso sah zusammengesunken da, plötzlich bedrückt und ängstlich, ohne zu wissen, warum — und sah unverwandt auf Steinherr, als erwarte sie von ihm Hilfe aus einer Gefahr. Gebler starrte auf die ringgeschmückten Hände der anderen, die wie schlank weiße Blüten auf dem Hermelin lagen. Wunderschöne Hände waren es. Seine eigenen hatten sich unbewußt zur Faust geballt und kühlten sich kalt und feucht an.

Nur Steinherr sah ruhig und scheinbar unbewegt durchs Fenster auf seinen neuen Chauffeur, der so sicher und gewandt den schweren Wagen lenkte. Aber auch ihm war die Nähe der schweigenden Frau fühlbar bis in die Nervenspitzen. Nur einmal drehte er sich um, sah wie zufällig in jene Ecke. Lautlos war die kleine Bewegung gewesen, aber sofort hoben sich die Lider. Wie Smaragden, wenn ein Lichtstrahl sie trifft, erstarrten die grünlichen Augen — und schlossen sich wieder. Wie geheimer Gruß wirkte dieses jähe Aufblitzen.

Die schwarzen Brauen des Mannes schoben sich dicht zusammen. Was wollte sie von ihm: Ihn zu sich zwingen? Sein Wille war stärker.

Der Wagen verlangsamte die Fahrt und hielt vor einer kleinen Villa, deren Fenster auf das Hüpen des Chauffeurs sich wie auf ein Zauberwort erleuchteten. Aus der geöffneten Haustür stieß ein heller Lichtstreifen. Ein Diener lief ans Gartentor. Die Herren waren ausgestiegen.

Mit lächelndem Kopfneigen verabschiedete sich Frau Maloreen von ihrer Nachbarin, mit einem leichten Streicheln über Wange und Arm von Gebler, der sie stehend ansah. Sie schüttelte den Kopf. Erst als Magnus Steinherr sich über ihre Hand beugte, sprach sie. Nur zwei Worte: Auf Wiedersehen! Es klang wie Befehl und Bitte zugleich. Sie sah empor zu ihm, der sie um Kopfeshöhe überragte. Geheimnisvoll leuchteten die Augen in dem weißen Gesicht.

„Guten Abend, meine gnädige Frau“, sagte Steinherr ruhig.

Da lachte sie ganz leise. Voll überraschenden Scharms waren plötzlich die blaffen Züge. Und war im Hause verschwunden, während der lockende Laut noch in der kalten, stillen Nachtluft zu schweben schien.

Einen tiefen Atemzug der Erleichterung tat Vi Kalesso, als der Wagen sich wieder in Bewegung setzte. Sie würden Gebler im Klub auf der Königsallee absetzen, wo er seine Nächte zu verbringen pflegte, und dann zu zweien weiterfahren nach ihrer Wohnung. Magnus hatte die neue Einrichtung des Damenzimmers noch nicht gesehen, alles aus eigenem Verdienst angeschafft. Sie war stolz auf ihr reizendes Heim.

Aber der Wagen bog um die Ecke, glitt durch die nachts stillen Straßen des vornehmen Villenviertels, in das sie vor kurzem gezogen, ehe der Dritte sie verlassen hatte.

Grenzenlos enttäuscht starrte sie zum Fenster hinaus, an dem Mauern, Bäume, Laternen wie schattenhafte Schemen vorüberzogen. Warum kam Magnus nicht zu ihr? Wohin

wollte er? Was erfüllte seine Gedanken, daß er den schönen Abend so jäh beschloß? Er war so unmöglich zu halten wie fließendes Wasser, entglitt, wenn man ihn am festesten gebunden wähnte. Nie besah man ihn ganz.

„Verzeih, wenn ich nicht mitkomme, Vi — ich habe aber noch dringende Geschäfte zu erledigen.“ Er hielt ihre beiden Hände fest, küßte sie. Sie spürte die Wärme seiner Lippen und zitterte.

„Magnus, wirklich Geschäfte?“ Ach, daß er doch bliebe. „Ach lüge dich nie an, Vi.“ Seine Stimme war sanft wie selten.

Ein unterdrückter Seufzer. „Morgen?“ „Vielleicht, wenn die Aufsichtsratsitzung sich nicht zu lange ausdehnt.“

„Rufe mich doch auf jeden Fall an, ja? Ab zwei Uhr bin ich zu Hause. Gute Nacht, Magnus.“

Wie traurig sie ihn ansah, die vor einer halben Stunde noch so heiter, unbeschwerter Lebensfreude voll, in seinen Armen durch den hellen Saal geglitten.

„Ich rufe an“, versprach er und nickte ihr leise lächelnd zu. Da schwan die Trauer aus dem reizenden Gesicht. Morgen war bald . . .

Hans-Heinrich Gebler wurde wunschgemäß an seinem Klub abgesetzt. Dann schoß der Wagen peilschwind auf der langen, saft leeren Allee weiter gen Westen, wo sich Magnus Steinherr fern vom Trubel der Stadt und nahe seinen Werken ein altes Jagdschloß zum Heim erworben hatte.

„Sie scheinen sich hier draußen auszukennen“, bemerkte er zu dem Fremden neben sich, der mit angepannter Aufmerksamkeit geradeaus sah und, sobald sie die Stadtgrenze überschritten, höchste Geschwindigkeit einschaltete. Das gleichmäßige Summen des Motors war das einzige Geräusch hier draußen auf der Chaussee, die weiter oben in einen Wald mündete.

Fortsetzung folgt.

fromme. Ein kleiner Ausschuss wird die engere Auswahl aus den aus der Mitte der Versammlung gemachten Kandidatenvorschlägen treffen. Landessekretär Reuter referierte über die Richtlinien zur Gleichhaltung in den Gemeinderäten und Staatspräsident a. D. Dr. Bolz über die Einstellung der Reichstagsfraktion.

Württemberg

Aus der Wirtschaftsverwaltung

Stuttgart, 9. April. Im württ. Wirtschaftsministerium und in der Wirtschaftsverwaltung sind verschiedene organisatorische und personelle Änderungen vorgenommen worden. Hervorzuheben ist die Schaffung eines neuen Referats für Revision und Organisation, das der Leitung des Wirtschaftsministeriums als geeignetes Instrument der Wirtschaftspolitik dienen soll. Aufgabe dieses Referats ist es, den Mängeln in der Geschäftsabwicklung und im Aufbau der württembergischen Wirtschaft nachzugehen und Schäden von volkswirtschaftlicher Bedeutung aufzudecken und zu beheben. Die Bekämpfung von Korruptionsercheinungen erfährt in Zukunft nicht mehr dadurch eine Verschleppung, daß den Gerichten keine zureichenden Aufklärungsmittel zur Verfügung stehen. Vorkommnisse dieser Art werden in Zukunft unmittelbar von der für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Stelle der Staatsregierung aufgeklärt und bearbeitet. Soweit sich neue gesetzliche Grundlagen für dieses Aufgabengebiet als notwendig erweisen sollten, werden diese schnellstens geschaffen werden.

Im Wirtschaftsministerium werden zur Zeit verschiedene Gesetzentwürfe ausgearbeitet. In Betracht kommen insbesondere eine Regelung des Geschäftsbetriebs der Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte, Großhändlerunternehmungen und dergleichen, des Gewerbebetriebs durch Automaten, des Warenverkaufs in Gaststätten und Bahnhöfen, der Wanderlager, der Großhändlerbetriebe und des Kleinhandels mit Bier.

Stuttgart, 9. April.

Die Ortsvorsitzer hinter der Regierung. Auf einer Versammlung württ. Ortsvorsitzer ist beschlossen worden, sich unbedingt auf den Boden des neuen Staates zu stellen. Der Ausschuss soll durch einige nationalsozialistische Mitglieder ergänzt werden. Bürgermeister Rath-Pustina kündigte an, daß er nicht mehr lange den Vorsitz führen werde, zumal da er seinen Rücktritt schon im Oktober v. J. angekündigt habe.

Der neue Landtag. Von zuständiger Seite wird bestätigt, daß nach dem Gleichhaltungsgezet und unter Zugrundelegung der Verteilungszahl 25 000 (auf je 25 000 abgegebene Stimmen ein Sitz) der neue württ. Landtag (nach Ausschluß von 6 Kommunisten) aus 54 Abgeordneten bestehen wird. Davon entfallen auf NSDAP. 26, Zentrum 10, SPD. 9, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 3, Bauern- und Weingärtnerbund 3, Volksdienst 2, Demokraten 1. Die genannten Parteien haben entsprechende Wahlvorschläge einzureichen. Die Neubildung des Landtags muß bis zum 15. April 1933 durchgeführt sein. Er gilt alsdann vom 5. März 1933 ab als 4 Jahre gewählt. Eine vorzeitige Auflösung des Reichstags bewirkt ohne weiteres auch die Auflösung des Landtags.

Kommunistische Werbetätigkeit. Vom Polizeipräsidentium wird mitgeteilt: Der politischen Polizei ist es gelungen, in einer Dachkammer versteckt ein größeres Geheimlager der Internationalen Arbeiterhilfe auszuheben, das der Weiterbetätigung diente. Das umfangreiche Material wurde beschlagnahmt und wird zur Zeit gesichtet. Neben dem üblichen Kartei- und Schriftmaterial wurde ein Projektionsapparat und eine große Armeepistole mit Anschlagkolben sichergestellt. — Drei Mitglieder der ausgetötenen „Roten Hilfe“, die unerlaubte Sammlungen für die Schuhhäftlinge auf dem Lager Heuberg veranstaltet haben, wurden festgenommen und dem Schnellgericht zur Aburteilung übergeben. — In der Nähe von Hofen konnte aus dem Redar ein verpackter Sack mit Schrifttum geborgen werden. Der Sack enthielt neben anderem über 300 aufreizende Bücher des kommunistischen Schriftstellers und Arztes Dr. Friedrich Wolf. Wolf ist bekanntlich geflüchtet und soll sich in Basel aufhalten.

Sondergericht. Am Samstag vormittag ist das Sondergericht für Württemberg in Stuttgart zum erstenmal zusammengetreten. Zunächst wurde der 24 Jahre alte Kaufmann Walter Raphael aus Minden in Westfalen an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt, weil er als Jude das Hoheitsabzeichen der NSDAP. trug. Sodann wurde der 61 Jahre alte Sergeant Emil Bertsch von der Rekrutenschule Jülich, der ferienhalber sich bei Verwandten in Wendelsheim aufhielt, äußerte sich bei einer Unterredung mit einem Nationalsozialisten, der Reichstag sei von den Nationalsozialisten angezündet worden. Der Angeklagte bestritt das jetzt allerdings und erklärte, er habe vor Reichskanzler Hitler sogar allen Respekt, weil er in Deutschland aufgewachsen habe, auf der anderen Seite bekannte er sich aber als echten Sozialdemokraten. Unter Berücksichtigung, daß der Angeklagte mehr oder weniger ein Opfer der ausländischen Pressefälschung ist und diese Behauptung nicht aufgestellt, sondern weiterverbreitet hat, wurde er zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Vereinigung Stuttgarter Hotel- und verwandter Betriebe. Auch das Jahr 1932 hat dem Stuttgarter Hotel- und Gastwirtsgerwerbe nicht die dringend erwünschte Erleichterung gebracht. Die Zahl der reisenden Fremden ist bedeutend zurückgegangen, wovon in erster Linie die besser eingerichteten Hotels betroffen wurden, deren frühere Gäste zum großen Teil in einfachere Untertünfte oder billigere Gasthäuser abgewandert sind. Eine wesentliche Ermäßigung der noch immer außerordentlich drückenden Steuerlast, vor allem eine vollständige Befreiung der durchaus unberechtigten Getränkesteuer, die trotz geltend gemachter Bedenken im August 1932 eingeführt wurde, muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden. Die Leitung der Hotel- und Zimmernachweisstelle auf dem Hauptbahnhof, die bisher dem Stuttgarter Verkehrsverein oblag, wurde am 1. November 1932 von der Vereinigung übernommen. Zur Geschäftsführung wurden zwei umfichtige, mit allen Zweigen des Verkehrswesens vertraute Beamte bestellt.

Hans Rehnig nach Palästina gerufen. Der Leiter der Heimatabteilung des Vereins zur Förderung der Volksbildung, Hans Rehnig-Ulm, wurde von den schwäbischen Kolonisten Palästinas zu Vorträgen nach Palästina gerufen. Dieser Auftrag an den bekannten schwäbischen Heimatdichter ist eine Frucht der jahrelangen Volkstums-

arbeit, die der Verein zur Förderung der Volksbildung unter der Leitung von Theodor Bäuerle leistet, dessen Zeitungs-Beilage „Unsere Heimat“ allein in Palästina in 3000 Exemplaren gelesen wird und dessen Heimatkalender, wie in anderen Gebieten des Auslandsdeutschentums auch in Palästina weit verbreitet ist.

Zum Wiederaufbau der Waldwirtschaft. Am 7. April hatte der Waldbesitzerverband für Württemberg und Hohenzollern seinen Landesauschuss zu wichtigen Beratungen einberufen, die sich in ihrem Kernstück um die Wiederherstellung der Rentabilität in der Forstwirtschaft drehten und zu einer Kundgebung führten, in der die Erklärung des Staatspräsidenten, daß er die Förderung der württ. Wirtschaft in ihrer reichen Vielgestaltigkeit als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachte, dankbarst begrüßt wurde, ebenso die Erklärung des Reichstanzlers, wonach für das Blühen der deutschen Wirtschaft als erste Voraussetzung die Gefunderhaltung und Rentabilität der Landwirtschaft bezeichnet wird.

Neuorganisation der Stadtrandbedlungen. Der Herr Staatskommissar für die Verwaltung der Stadt Stuttgart hat die Herren Architekt Baresch-Stuttgart und Regierungsbaumeister Kuen-Stuttgart kommissarisch mit der Bearbeitung aller Fragen der Stadtrandbedlungen beauftragt.

Verurteilter Bürgermeister. Die Strafkammer des Landgerichts Stuttgart hat am Freitag den früheren Bürgermeister von Strümpfelbach, Karl Reinhardt, wegen Betrugs, Unterschlagung, Wechsel- und Urkundenfälschung zu der Gesamtzuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. In den 2 Jahren seiner Tätigkeit als Bürgermeister von Strümpfelbach hat der Angeklagte durch Unterschlagungen rund 12 000 Mt. an sich gebracht.

Aus dem Lande

Heilbronn, 9. April. Umbildung des Heilbronner Anwaltsvereins. Der Heilbronner Anwaltsverein hatte eine Neuwahl seines Vorstands vorzunehmen, nachdem die Mitglieder des bisherigen Vorstands ihr Amt niedergelegt haben. Zum Vorsitzenden des Vorstands wurde Rechtsanwalt Dr. Eppinger gewählt.

Calw, 9. April. 37 Dienstjahre. An der Spörschen Handelsschule trat mit dem 1. April der älteste Lehrer der Anstalt, Ernst Kaufmann, nach 37jähriger Dienstzeit in den Ruhestand. Hunderte von Schülern, die seine Klasse im Lauf von nahezu vier Jahrzehnten besuchten, in der er Rechts- und Handelswissenschaft lehrte, werden dem bescheiden und pflichttreuen Beamten in dankbarer Erinnerung verbunden bleiben. E. Kaufmann ist ein Enkel des bekannten schwäbischen Komponisten Kaufmann, er selbst ist in St. Petersburg geboren und erhielt die Grundlagen seiner kaufmännischen Ausbildung in der griechischen Firma Kondojanahi.

Ebingen, 9. April. Der Getränkesteuer-Einzug. Die Getränkesteuer wird hier künftig durch Ausgabe von Steuermarken erhoben, die in Werten von 1, 2, 5, 6, 10, 20 und 50 Pfg. in verschiedenen Farben ausgegeben werden. Die Steuermarken müssen vor den Augen des Gastes durch Abtrennen und Zerreißen entwertet und dem Gast zurückgegeben werden. Die der Steuerabrechnung zugrund gelegten Preise werden auf den nächsten durch 5 teilbaren Pfennigbetrag abgerundet.

Rottweil, 9. April. Ehrenbürger. — Neuer Feuerwehrkommandant. Bei der Korpsversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Rottweil wurde der langjährige Kommandant, Kammermeister W. Maier, zum Ehrenbürger der Stadt Rottweil ernannt. Bürgermeister Abrell überreichte ihm den Ehrenbürgerbrief mit Dankworten für seine Tätigkeit im Dienst der Stadt und der Feuerwehr. Zum neuen Kommandanten wurde Korvettenkapitän a. D. Höring gewählt.

Hauzert M. Leutkirch, 7. April. Auf der Flucht angeschossen. Als der hiesige Schuhmann einen Bettler nach Leutkirch bringen wollte, ging letzterer trotz Verwarnung durch. Der Landjäger gab zunächst 2 Schreckschüsse, dann einen 3. Schuß ab, der den Flüchtling in den Rücken traf und schwer verletzte. Der Leutkircher Sanitätsauto verbrachte den Verletzten ins Bezirkskrankenhaus Leutkirch.

Friedrichshafen, 7. April. Schuchhaft. Am Donnerstag wurde der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbands, der soz. Stadtrat Fr. Gailer von hier, in Schuchhaft genommen. Gailer soll Waffen verkauft haben.

Saulgau, 8. April. Weiterer Sondertkommis-sar. Zum politischen Sondertkommis-sar für den Bezirk Saulgau wurde der prakt. Arzt Dr. med. Erich Wai-zenegger in Saulgau ernannt. Für den Bezirk Wangen i. A. wurde zum ehrenamtlichen Sondertkommis-sar neben Kreisleiter Pfeiffer noch Sturmführer Haidtke-Wangen ernannt.

Ulm, 9. April. Beurlaubungen. Der Staatskommissar für die Verwaltung der Stadt Ulm hat dem Antrag des Untersuchungsausschusses auf vorläufige Beurlaubung des Bürgermeisters Sindlinger und Oberrechnungsrat Meier vom Personalamt entsprochen. Als vorläufiger Nachfolger wurden Oberrechnungsrat Wirsching vom Wohlfahrtsamt und Ratsschreiber Schenpfer bestellt. Verwaltungsdirektor R. Mshardt hat dem Staatskommissar für die Verwaltung der Stadt Ulm nach vorangegangener Rücksprache sein Pensionsgesuch eingereicht. Der Staatskommissar hat das Gesuch entgegengenommen und Verwaltungsdirektor Rens-hard bis zur endgültigen Entscheidung über dieses Gesuch beurlaubt. Als vorläufiger Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter, Rechnungsrat Hirsche, bestellt.

Wohlwert verkauft keine Lebensmittel mehr. Den Bemühungen des Kampfbunds zur Erhaltung des gewerblichen Mittelstands, Ortsgruppe Ulm, ist es, wie der „Ulmer Sturm“ schreibt, nach Einreichung mehrerer dringenden Eingaben gelungen, daß die Lebensmittelabteilung der Firma Wohlwert ab Montag, 10. April, geschlossen wird.

Die Wünsche des Einzelhandels

Der mittelständische Einzelhandel hat der nationalen Regierung seine Wünsche unterbreitet, die dahin gehen: Gemeindeförderung, Filialsteuer, Warenhaussteuer, Konsumvereine, Gewerbesteuer für Betriebe der öffentlichen Hand und für die freien Berufe; Schaffung eines klaren, materiellen Wettbewerbsrechts mit dem Ziel der Herstellung der Sauerkeit im Geschäftsleben; Unterfegung jenseitiger Sonderveranstaltungen mit Ausnahme der Saison-Schluss- und Inventur-Verkäufe; Genehmigungspflicht für die Errichtung

von Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften, Konsumvereinen, Warenlagern, Versandgeschäften und Groß-Filial-Betrieben des Handels in Verbindung mit der Bedürfnisfrage; Verbot der Erfrischungsräume und Lebensmittelabteilungen in Waren- und Kaufhäusern sowie Einheitspreisgeschäften; Einschränkung des Hausierhandels; restloses Zugabeverbot; Einbeziehung der Bahnhof-Verkaufsstellen außerhalb der Sperre, des Trinkbuden- und Kioskhandels, sowie der Automaten in die Bestimmungen über Sonntagsruhe und Ladenschluß; Verbot des Beamtenwarenhandels in den Dienst-räumen; Heranziehung des ortsanfälligen Handels bei der Vergebung von behördlichen Aufträgen; Unterbindung jeder mittelstandsfeindlichen Kundfunk-Kelame.

Lokales.

Wildbad, 10. April 1933.

Von der Freiw. Feuerwehr. Die Feuerwehr einer Gemeinde ist eine Truppe, die stets auf Kriegsfuß steht, sie kann jeden Augenblick vom Feinde überfallen werden, deshalb muß sie auch stets für den Angriff gerüstet sein. Die Hauptsache ist, daß für eine richtige Alarmierung gesorgt ist, denn das rasche Bekanntwerden eines ausgebrochenen Schadenfeuers ist für den raschen Angriff der Feuerwehr unerlässlich. Der Alarm muß deshalb in jeder Gemeinde ebenso organisiert werden wie die Feuerwehr selbst, denn die Schwäche einer freiw. Feuerwehr liegt nicht an Kommandant und Führer, nicht an der Mannschaft, nicht an der Ausbildung, auch nicht in der Ausrüstung, sondern einzig und allein in der Alarmierung und — aber in erster Linie, — an der Alarmbereitschaft und in der aus ihr hervorgehenden späten Angriffsmöglichkeit auf einen Brand. Die Feuerwehr muß daher stets darnach trachten, daß die Zeit zwischen der Alarmierung und dem Angriff auf das brennende Objekt möglichst verkürzt wird. Denn, wird durch die oben angeführten Umstände der Angriff verzögert, so wird die Feuerwehr stets Brände vorfinden, die schon eine größere Ausdehnung angenommen haben.

All diese Bedingungen zur Durchführung einer siegreichen Bekämpfung eines Schadenfeuers sind von der hiesigen Gemeinde und Feuerwehr restlos erfüllt; davon konnten sich die ehrlichen Einwohner am letzten Samstag abend überzeugen. Durch Feuermelder 10 wurde die Feuerwehr nach dem Straubenberg gerufen und sie war auch in nicht mehr als 8 Minuten in dem gemeldeten Objekt. Glücklicherweise war es kein eigentlicher Hausbrand, sondern es handelte sich um eine Strohflamme, die an den elektrischen Leitungsbündeln auf dem Dach emporschlug, so daß der Löschzug alsbald wieder abrücken konnte.

Nun zwingt es mich aber im Interesse der Allgemeinheit, meine hierbei gemachten Beobachtungen hier etwas näher zu besprechen. Bei Zurüdnahme der Mannschaften beobachtete ich, daß von den vielen umherstehenden Neugierigen nun über den Alarm und über den raschen Ansturm des Löschzuges Spott getrieben wurden und zwar so weitgehend, daß sich die Mannschaft beim Einrücken bei mir beschwerte.

Es ist kaum verständlich, daß es Menschen geben kann, die über eine Sache die nicht ernst genug genommen werden soll, noch spotten und lachen oder die pflichtgetreuen Wehrmänner üben können. Ein derartiges Verhalten des Publikums trägt nicht dazu bei, die von den Wehrmännern freiwillig übernommene Pflicht zu erleichtern sondern zu erschweren, und das finde ich in den jetzigen Zeiten als äußerst unerantwortlich der Allgemeinheit gegenüber. Die Einwohnerschaft muß die Ueberzeugung haben, daß die freiw. Feuerwehr die wichtigste Vereinigung am Platze ist, eine Vereinigung zur Betätigung echter, wahrer Bürger-tugenden. Aus diesem Grunde darf es nicht vorkommen, daß bei einer solchen Aktion diese tugendhaften Wehrmänner lächerlich gemacht werden. Ich bitte das fernerhin zu unterlassen, um nicht uns zu zwingen andere Maßnahmen ergreifen zu müssen. „Einer für Alle und Alle für Einen“ soll auch fernerhin unser Leitlat sein, um unserm Wahlspruch „Gott zur Ehr dem Nächsten zur Wehr“ treu zu bleiben. —ng.

„Berge in Flammen“. Dieser gewaltige Luis Trenker Tonfilm wurde am Samstag den 8. April im Wildbader Hof aufgeführt. Schon vor Beginn der Aufführung mußte der Saal wegen Ueberfüllung geschlossen werden, sodah auf vielfeitigen Wunsch dieser Film wiederholt wird. Um jeden den Genuß dieses mitreißenden Filmes zu ermöglichen, wurde ein Wiederholungstermin festgesetzt. Nähere Bekanntgabe erfolgt noch.

Der 1. Mai. Für den „Feiertag der nationalen Arbeit“, der bereits Befehl geworden ist, gelten alle landesgesetzlichen Bestimmungen wie bisher für die kirchlichen Feiertage. Am 1. Mai darf nach amtlicher Mitteilung auch kein Lohnabzug erfolgen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die erste Anklage vor dem Berliner Sondergericht. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht 1 in Berlin hat jetzt die erste Anklage vor dem Sondergericht erhoben, und zwar gegen den staatenlosen jüdischen Händler David Weisten wegen Verbreitung von Greuelstücken. Weisten wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Neue Großstadt. Die Industriestadt Herne in Westfalen, vor 60 Jahren noch ein Dorf, hat die Hunderttausendzahl ihrer Einwohnerschaft überschritten und ist damit in die Reihe der deutschen Großstädte eingerückt.

Die Ursache des Unglücks der „Alron“. Der amerikanische Flugkapitän Heinen vom Flughafen Vahurst erklärte, die „Alron“ sei gleich der „Shenandoah“ durch veritable Windstöße in einem Tiefdruckgebiet zerstört worden. Das Unglück wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Erfahrungen, die in Deutschland gemacht wurden, beachtet worden wären. Damals sei auch die Untersuchung des Unglücks der „Shenandoah“ nicht sachmännisch gründlich durchgeführt worden, man habe sich mehr bemüht, Entschuldigungsgründe zu finden — Zur jetzigen Untersuchung sind von Marineleitung und Parlament zwei voneinander unabhängige Ausschüsse eingesetzt worden.

Die Zulassung der jüdischen Rechtsanwälte in Berlin. In Berlin sind gegenwärtig etwa 3400 Rechtsanwälte tätig und von diesen sind rund 2500 Juden. Künftig sollen aber nur noch 35 zu den Gerichten zugelassen werden. Bei deren Auswahl soll, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, der Nachweis einer besonderen Bewährung im Feld als Frontkämpfer verlangt werden.

Umflüchtige Dienstaufsichten

Bestellt: Landrat Dr. Battenberg in Herrenberg unter Belassung auf seiner Pflanzstelle bis auf weiteres zum Staatskommissar für Körperkultivern.

Beurlaubt: Oberregierungsrat Braig bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft ist vorläufig beurlaubt worden.

Ernannt: die Oberpostinspektoren Kuhn in Friedrichshafen und Mayer in Albstadt (Nst.) zum Postamtamann (Amtsleiter); Reichsbahnbaumeister Dörflinger bei der Reichsbahndirektion zum Reichsbahnrat.

Versetzt: Reichsbahnoberssekretär Singer in Oberndorf a. N. nach Ebingen, und Oberbahnvorsteher Teufel in Albstadt an die Spachingen als Reichsbahnoberssekretär nach Reutlingen (Bahnhof).

In den Ruhestand versetzt: Oberlehrer Köhler an der Volkshochschule in Erisdorf Odt., Niedlingen, Postamtamt Mannig in Heubach.

In den Ruhestand versetzt: die Oberlehrer an der evang. Volkshochschule Hartmann in Heidenheim-Schnaitheim, Reiff in Juffenhäusern, Rothfuß in Schwann Odt., Neuenbüch, Schettler in Reutlingen, Oberlehrerin Kunberger in Ebingen, die Hauptlehrerinnen Roos in Stuttgart, Lebkühner in Ebingen Odt., Boeniger, Hauptlehrerin für Handarbeit Morlok in Stuttgart, Oberlehrer Spay an der israel. Volkshochschule in Reutlingen Odt., Horb.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Dienstag, 11. April:

6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Chronik, 7.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 7.10-8.00: Schallplatten, 10.00: Nachrichten, 10.10: Völkchen, 10.40-11.00: Frühlingslieder, 11.00: Wetterbericht, 12.00: Töne aller Welt, 13.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 13.30: Schallplatten, 14.15-15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene, 15.30: Klavierkonzert, 16.00: Frauenstunde: Der erste Schuljahr, 16.30: Konzert, 17.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschafts-Nachrichten, 18.00: Vortrag: Die Kocher mündet eine Kuchener - Der Sohn eine Ausstattung, 18.30: Vortrag: Von Bibliotheken, Bibliothekaren und Bücherlesern, 1. 18.30: Zeitangabe, Nachrichten, 19.00: Stunde der Nation, Konzert, 20.00: Die uns in Bande: „Schwäbische Dialekte“, 20.40: Opernconcert, 22.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 22.30: Kompositionen für Oboe und Klarinette, 22.50-24.00: Unterhaltungsmusik.

Mittwoch, 12. April:

6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Chronik, 7.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 7.10-8.00: Schallplatten, 10.00: Nachrichten, 10.10: Völkchen, 10.40-11.00: Schumann - Wäckerle, 11.00: Wetterbericht, 12.00-13.15: Schallplatten, 13.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 13.30: Konzert, 14.10: Englischer Sprachunterricht, 15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene, 15.30: Klavierkonzert, 16.00: Frauenstunde: Der erste Schuljahr, 16.30: Konzert, 17.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschafts-Nachrichten, 18.00: Vortrag: Oboen und Oboisten, 18.30: Vortrag: Von Bibliotheken, Bibliothekaren und Bücherlesern, 1. 18.30: Zeitangabe, Nachrichten, 19.00: Stunde der Nation: „Liederspiel“ Kahl-Danilow, 20.00: Konzert mit Orgel, 21.15: Manfred Weber, 22.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 22.45-24.00: Nachtmusik.

Donnerstag, 13. April:

6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Chronik, 7.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 7.10-8.00: Schallplatten, 10.00: Nachrichten, 10.10: Konzertmusik für Bläser, 10.40-11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 11.00: Wetterbericht, 12.00: Konzert, 13.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 13.30: Konzert, 14.10: Englischer Sprachunterricht, 15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene, 15.30: Klavierkonzert, 16.00: Frauenstunde: Der erste Schuljahr, 16.30: Konzert, 17.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschafts-Nachrichten, 18.00: Vortrag: Oboen und Oboisten, 18.30: Vortrag: Von Bibliotheken, Bibliothekaren und Bücherlesern, 1. 18.30: Zeitangabe, Nachrichten, 19.00: Stunde der Nation: „Liederspiel“ Kahl-Danilow, 20.00: Konzert mit Orgel, 21.15: Manfred Weber, 22.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 22.45-24.00: Nachtmusik.

Freitag, 14. April:

6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Chronik, 7.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 7.10-8.00: Schallplatten, 10.00: Nachrichten, 10.10: Konzertmusik für Bläser, 10.40-11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 11.00: Wetterbericht, 12.00: Konzert, 13.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 13.30: Konzert, 14.10: Englischer Sprachunterricht, 15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene, 15.30: Klavierkonzert, 16.00: Frauenstunde: Der erste Schuljahr, 16.30: Konzert, 17.30: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschafts-Nachrichten, 18.00: Vortrag: Oboen und Oboisten, 18.30: Vortrag: Von Bibliotheken, Bibliothekaren und Bücherlesern, 1. 18.30: Zeitangabe, Nachrichten, 19.00: Stunde der Nation: „Liederspiel“ Kahl-Danilow, 20.00: Konzert mit Orgel, 21.15: Manfred Weber, 22.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 22.45-24.00: Nachtmusik.

Der Sport am Wochenende

Länderspiele

Deutsches Reich - Tschechien 1:2; Wales - Schottland (Amateur) 0:0.

Um die Süddeutsche Meisterschaft

Abteilung Süd-Nord: Stuttgart-Riders - Rhönitz-Karlsruhe 7:1; Karlsruhe-Riders - Union Wödingen 3:2; Eintracht - SpVg. Frankfurt 0:0; SpVg. Mainz - Germania Worms 2:3. **Abteilung Ost-West:** Bayern München - SpVg. Fürth 1:1; FC. Kaiserslautern - FC. Nürnberg 0:4; SpVg. Waldhof - FC. Birmafers 0:0; Rhönitz-Ludwigschafen - 1860 München 1:3.

Um den Verbandspokal

Vorentscheidung: VfB. Stuttgart - A.-D. Worms 1:0; VfR. Mannheim - FC. Schweinfurt 1:2. - **Bezirk Württemberg-Baden:** Schramberg - Wödingen 2:6; Birkenfeld - Frantonia 3:2. - **Bezirk Bayern:** Uirer-Riders - Schwaben Augsburg 0:1; VfR. Nürnberg - VfB. Würzburg ausgeschieden; VfR. Fürth - Teutonia München (Fürth verzichtet). - **Bezirk Rhein-Saar:** Mundenheim - VfB. Saarbrücken 0:1; Amicitia Birkenheim - Borussia Neunkirchen (Neunkirchen verzichtet). - **Bezirk Main-Hessen:** Germania Bieber - FC. Langen 2:1.

Um den Aufstieg

Gruppe Württemberg: SpVg. Cannstatt - VfR. Heilbronn 0:1; SpVg. Reutlingen - Sportfreunde Stuttgart 2:1. - **Gruppe Baden:** VfB. Durlach - Sportfr. Forchheim 3:0; FC. Rhein-Neckar - VfR. Stuttgart - Sportfr. Freiburg 2:1. - **Gruppe Südbaden:** VfR. Murg - VfR. Heidenheim 1:0; VfR. Mosbach - VfR. Kitzingen 1:1. - **Gruppe Nordbaden:** VfR. Hof - VfR. Schweinfurt 2:0; VfR. Nürnberg - VfR. Bamberg 2:1. - **Gruppe Saar:** VfR. Birkenfeld - SpVg. Durlach 2:1; VfR. St. Ingbert - VfR. Trier 1:0; VfR. Gladbach - VfR. Düren 1:0. - **Gruppe Main:** VfR. Lohr - VfR. Würzburg 3:2; VfR. Bamberg - VfR. Schweinfurt 2:0; SpVg. Griesheim - VfR. Groß-Rohdheim 3:1.

Kreisliga

Auswahlspiel: Kreis Heilbronn - Kreis Albstadt 3:4. - **Kreis Albstadt:** VfB. Ludwigsburg - Renningen 4:1; VfB. Juffenhäuser 1:3. - **Kreis Joffen:** Reutlingen - Tübingen 5:1; Tübingen - SpVg. Tübingen 4:1; Sportfreunde Tübingen - Hechingen 3:0. - **Kreis Hohenhausen:** Kirchheim - Ditzingen 5:2; VfR. Göttingen - VfR. Göttingen 0:1. - **Kreis Enz-Neckar:** Nordheim - Calmbach (Aufstiegsplatz) 0:1. - **Kreis Südbaden:** Pöhlental - SpVg. Pöhl (Aufstiegsplatz) 6:0; Pöhlental - Haslach (Aufstiegsplatz) 1:2; - **Kreis Oberbaden:** Miegel - Gutach 2:1; Freiburg FC. Miel - Kollnau 2:3; VfR. - Germania Freiburg (Pokalplatz) 4:0; Riders - SpVg. Freiburg 4:1. - **Kreis Schwarzwald:** SpVg. Trossingen - FC. Schwenningen (Pokalplatz) 3:0. - **Kreis Murg:** Gagnon - Kuppenheim 4:2. - **Kreis Hegau:** Pfalldorf - Tuttlingen verlegt; Wollmatingen - Merschingen ausgefallen. - **Kreis Albstadt:** VfR. Wödingen (Aufstiegsplatz) 1:1.

Turnen und Sport

Dominicus zurückgetreten. Der erste Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Staatsminister a. D. Dominicus, hat sein Amt niedergelegt, um der Deutschen Turnerschaft den Weg zu neuen grundsätzlichen Entscheidungen zu erleichtern. Der 2. Vorsitzende, Dr. Neundorff, hat die Leitung der Deutschen Turnerschaft übernommen. Dominicus wurde auf dem 20. Deutschen Turntag in Berlin 1929 zum 1. Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft, diesem größten Verband für Leibesübungen mit 1,6 Millionen Mitgliedern, berufen.

Ulrich Schäfer Olympiakommissar. Wie der „Angriff“ von zuverlässiger Seite erklärt, wird wahrscheinlich der Sportlehrer Ulrich Schäfer als Olympia-Kommissar der Stadt Berlin bestätigt werden.

Arierparagraf in der Turnerschaft. Der Hauptauschuß der Deutschen Turnerschaft, der am Samstag in Stuttgart tagte, hat vorbehaltlich der Zustimmung der Deutschen Turnerschaft die Einführung des Arierparagrafen beschlossen. Danach können Juden nicht Mitglieder der Deutschen Turnerschaft sein.

Handel und Verkehr

Die Marktlage

Die Kontingentierung der Margarine-Erzeugung im Verein mit den neuen deutschen Zölle beginnt sich nun doch auf dem Buttermarkt anzukündigen. Schon in der Vormode trat wenigstens eine Befreiung des Geschäftes ein und die Preise konnten wenigstens gehalten werden, was bei den bisherigen Verhältnissen immerhin schon etwas war; die Stimmung wurde nach den vielen Waden schlägen wieder zusehends schlechter, wenn sich auch die Hauptmärkte zunächst noch abwartend verhielten. In der abgelaufenen Woche konnten aber auch die Börsen der sich abzeichnenden Besserung Rechnung tragen und durchweg die Preise erhöhen. In Kempten geschah dies um je 2 Mark je Zentner auf 83 und 71 Mark. Auch in Holland und Schweden haben die Preise etwa in gleicher Höhe angezogen, es dürfte daher mindestens mit einer Steigerung für die nächste Zeit zu rechnen sein. Das Angebot aus dem Inland wird zwar saisonmäßig weiter zunehmen, andererseits ist aber auch anzunehmen, daß die verschiedenen Schußbestimmungen je länger je mehr auf die Aufnahmefähigkeit des Buttermarktes auswirken werden, so daß, auch abgesehen von der stärkeren Verbrauchsnachfrage in der Ostermode, die Marktlage sich weiter erholen dürfte. Es war aber auch höchste Zeit, denn der Butterpreis war nachgerade für die Erzeuger und für die ganze Milchwirtschaft geradezu ruinös geworden.

Im Käsegeschäft blieb die Stimmung dank der Neuregelung der Fettwirtschaft durch die Reichsregierung durchaus fest. Der Tiefstand der Butterpreise war zwar zunächst für Käsepreise nicht ohne Preisbeeinträchtigung, jedoch hat sich dies inzwischen einigermaßen ausgeglichen. Kempten ließ die Notierung mit 17 bis 19 Mark für grüne Ware unverändert. Emmentaler wurde ab Sennerei im Allgäu mit 68-70, Mittelfisch mit 64-65.

Fahnen

in allen Größen

Fahnenstoffe

80 und 120 cm breit

empfehlen billigst

Phil. Bosch Nachf.

Schmelzwart mit 50-60 Mark bezahlt, der Kemptener Borsenpreis blieb unverändert 72-77 und 65-68 Mark. Schweizer Käse wurde zu 56-58 Mark angeboten. Man sieht besondere Hoffnungen auf das Verbot der Herstellung von Käse und Margarine, das am 1. Juni d. J. in Kraft treten soll. Bemerkenswert, daß die fabrikmäßige Herstellung von Hartkäse in Holland für die Monate April, Mai und Juni um 30 v. H. eingeschränkt wird, um den Käsemarkt zu befestigen.

Der Verkauf des Schlachtwirtschafts hat die Belebung der vorvorigen Woche nicht mehr erreicht. Für Großvieh trat bei nachgebenden Preisen eher eine gewisse Flaute ein und fast alle Märkte meldeten größere oder geringere Ueberschüsse. Es hängt dies natürlich auch mit der festgesetzten Fastenzeit der katholischen Bevölkerung zusammen. Am besten hielten sich noch die Rinder- und Schweinemärkte, aber auch hier blieben die Preise sehr mäßig. In der Ostermode ist sicher wieder eine stärkere Belebung zu erwarten.

Der Gemüsemarkt wies eine starke Einfuhr aus Holland auf. Der neue deutsche Gemüsezoll ist am 1. April in Kraft getreten und da wurde noch viel Ware herangezogen, aber auch unter dem Reuzoll sind die holländischen Lieferungen noch ansehnlich, wenn auch nicht mehr so massenhaft, wie namentlich am 30. und 31. März. Hauptwaren sind jetzt Kopfsalat, Spinat und Radisheschen. Die italienischen Zufuhren von Blumenkohl haben nachgelassen. Wintergemüse erzielte wieder etwas bessere Preise. Die Gurkenpreise sind unter dem vorjährigen Stand. Die Obstmärkte verließen ruhig.

Am Hopfenmarkt hat eine starke Ausfuhrnachfrage eingetreten. Das Geschäft mit Amerika hat sich seit Aufhebung der Trockenlegung weit besser entwickelt, als vorausgesehen werden konnte. Der deutsche Hopfen erfuhr denn auch Preiserhöhungen von 10-15 Mark je Zentner. In einzelnen Lagen hat man mit dem Aufdecken der Hopfenstädte begonnen. So viel man hört, haben sie gut überwintert.

Berliner Pfundkurs, 8. April. 14,38 G., 14,42 B.
Berliner Dollarkurs 4,200 G., 4,217 B.
100 franz. Franken 16,54 G., 16,58 B.
100 Schweiz. Franken 81,24 G., 81,40 B.
100 österr. Schilling 46,20 G., 46,30 B.
Di. Abi. Anl. 72,12, ohne Ausl. 13,10.
Reichsbankdiskont 4, Lombard 5 v. H.
Privatdiskont 3,875 v. H. kurz und lang.
Wiirt. Silberpreis, 8. April. Grundpreis 40,60 RM. d. Ag.

Die Großhandelsmehrpriß vom 5. April ist mit 90,5 (1913 gleich 100) gegenüber der Vorwoche (90,9) um 0,4 v. H. gesunken. Die Mehrgüter der Hauptgruppen lauten: Agrarstoffe 81,2 (weniger 1,1 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 86,8 (weniger 0,5 v. H.), und industrielle Fertigwaren 111,3 (weniger 0,1 v. H.).

Herabsetzung der Schlachtgebühren. Nach einer Besprechung des Reichsernährungsministers Dr. Hugenberg mit Vertretern der Länder wird in absehbarer Zeit ein Reichsrahmengesetz über Vieh- und Schlachtvieh erlassen. Schon in den nächsten Tagen werden aber die Gebühren auf den Schlachtviehmärkten, auf dem Schlachtwirtschaftsmarkt und auf dem Fleischgroßmarkt neu geregelt werden.

Stuttgarter Börse, 8. April. Die heutige Börse war bei lustigen Geschäft etwas schwächer. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Goldpandbriefe gehalten. Der Aktienmarkt war bei kleinen Umsätzen etwas leichter. (Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Biliole Stuttgart.)

Berliner Getreidepreise, 8. April. Weizen 19.56-19.70, Roggen 15.50-15.70, Braugerste 17.20-18, Hafer 12.30-12.50, Futter- und Industrieerste 16.90-17.10, Weizenmehl 23-26.90, Roggenmehl 20.60-22.60, Weizenkleie 8.40-8.90, Roggenkleie 8.75-9 RM.

Bremen, 8. April. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7.73.
Magdeburger Zuckerpreise, 8. April. April 32.05 und 32.10 Tendenz ruhig.

Berliner Metallmarkt, 8. April. Elektrokupfer prompt eif Nordseehäfen 49.50 Mt. je 100 Kg.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 8. April. Obst: Tafeläpfel 16-30; Kochäpfel 12-15; Gemüse: Kartoffeln 2.5-3; Kopfsalat 10-20; Weißkraut, rund 5-6; Kohlrut 5-6; Blumenkohl 25-40; rote Rüben 5-6; gelbe Rüben 4-6; Zwiebel 5-7; Gurken, große 1 Stück 35-60; Rettiche, neu 10-20; Monatsrettiche 1 Bund 8-10; Sellerie 1 Stück 6-18; Schwarzwurzeln 20-30; Spinat 12-18; Rhabarber 15-18; Kopfschlachtraben 1 Stück 15-20 Pfennig.
Wirt. Markenbutter 1.10 (am 1. April 1.10), Teebutter 1. Güte 1.04 (1.03), Teebutter 2. Güte 1. (1.-) Mark d. BfD.
Deutsche Stempelerei a 95 (95), b 925 (925), c 9 (9), Land-Cler 8,5 (9), Mittelcler 7,5 (8) Pfennig das Stück.

Das Wetter

Die Wetterlage wird von Hochdruck beherrscht, jedoch für Dienstag immer noch vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten ist.

Farbe macht Alt neu!

Man sollte kaum glauben, welche verschönernde Wirkung ein neuer Farb- und Lackanstrich auf alten, scheinbar schon ausgedienten Möbeln hervorrufen kann. Selbsterstreichern ist eine Arbeit, die Freude macht. Die Arbeit gelingt jedem, der die richtige Farbe verwendet und die paar Handgriffe beherrscht, die man kennen muß. Die Farbe mische ich Ihnen für jeden Spezialzweck sachgemäß und fachmännisch, und die richtigen Handgriffe zeige ich Ihnen gerne. Da muß es gelingen - und Sie werden Freude an Ihrer Arbeit haben.

Das Haus für Farben und Lacke Eberhard-Drogerie

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen liefert schnell und preiswert die Druckerel des Wildbader Tagblatt.

Unterzeichneter empfiehlt sich in allen in sein Fach einschlagenden Arbeiten unter Zusicherung meisterhafter Ausführung und billigster Berechnung. Bitte um gütigste Berücksichtigung.

Karl Bauer
Flascherei und Installationsgeschäft.

Hausfrauen-Berein Wildbad.
Am Montag, den 10. April, abends 8 Uhr, findet im Vereinszimmer der Turnhalle ein Lichtbildervortrag statt:

„Allerlei Praktisches für die Hausfrau!“
Eintritt für Mitglieder frei. Nichtmitglieder 10 Pfennig.

Haben Deine Möbel einmal keinen Glanz mehr, nimm nur noch 80 Pf., Doppelt. 1.45 Mk. Erhältlich: Eberhard-Drogerie. **Kiwal**

Wo kaufe ich meine Osterhasen?
Konditorei Lindenberger
Karamelhasen Pfund 75 Pfg.
Spezialität: Rahmkaramelhasen

Suche Badepragis
durch Uebernahme, Beteiligung oder Tausch. Suchender ist Allgemeinpraktiker in schief. Großstadt m. umfangreicher Praxis. Off. unter A. C. 84 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Geflügel- und Kaninchenzüchterverein Wildbad e. V.
Die Bezugsheine für verbilligten Weizen können wieder bei den Vorständen Kasper und Servan abgegeben werden, da der Preis des Weizens im Sammelbezug sicher noch stark vermindert werden kann. Auch für Nichtmitglieder wird gerne geliefert.
Der Vorstand.